einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.10.2008 17/08

DGB

Aktionstag für menschenwürdige Arbeit

# Globalisierung von unten

Weltweit werden sich am 7. Oktober Millionen Menschen stark machen für eine soziale Gestaltung der Globalisierung. Anlass: der Welttag für „decent work", für menschenwürdige Arbeit, des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Auch der DGB ruft auf, sich an den Aktionen zu beteiligen. DGB-Bezirke und -Regionen und die Mitgliedsgewerkschaften haben eine Vielzahl von Veranstaltungen vorbereitet.

Schon auf seinem Gründungskongress 2006 hatte der IGB einen alljährlichen Aktionstag beschlossen, um weltweit an das notwendige Engagement für mehr und bessere Arbeitnehmerrechte zu erinnern. Erstmals findet nun in diesem Jahr der „Welttag für menschenwürdige Arbeit" statt.

Der Aktionstag ist Teil der IGB-Kampagne „Decent Work For A Decent Life" – Würdige Arbeit für ein würdiges Leben – und knüpft an die „Decent Work Agenda" der Internationalen Arbeitsorganisation ILO an. Angesichts der gegenwärtigen globalen Finanzmarktkrise und ihrer noch nicht absehbaren Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen weltweit ist ein solches Signal notwendiger denn je. Nach wie vor können mehr als die Hälfte der arbeitenden Menschen weltweit sich und ihre Familien von ihrem Einkommen nicht ernähren. Immer noch werden in vielen Staaten grundlegende Arbeitnehmerrechte verletzt. Deshalb tritt der DGB für „Koalitionsfreiheit, Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen in allen Ländern dieser Erde ein", wie es im Aufruf des DGB zum Aktionstag heißt.

**Zum Welttag für menschenwürdige Arbeit ruft der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) für den 7. Oktober auf. Insgesamt vertritt der IGB 168 Millionen ArbeitnehmerInnen in 305 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern.**

„Wenn wir als Gewerkschaften Einfluss nehmen wollen auf die Politik der internationalen Finanzinstitutionen, auf die WTO, auf die UN insgesamt, lässt sich das nicht einfach nach Brüssel, Genf, Paris oder Washington delegieren. Da ist unser persönliches Engagement gefragt", bekräftigt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der auch stellvertretender IGB-Präsident ist.

Der weltweiten gewerkschaftlichen Solidarität, und auch dem persönlichen Engagement des DGB-Vorsitzenden, ist es zu verdanken, dass vor wenigen Tagen Jan Sithole, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes von Swasiland, aus der Haft entlassen wurde. Sithole war gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsführern des Nachbarstaates von Südafrika nach einer Gewerkschaftsdemonstration inhaftiert worden. Erst der breite internationale Protest, unter anderem Briefe des DGB-Vorsitzenden an den Premier von Swasiland, führte zur Freilassung. Swasiland hat längst die ILO-Konvention zur Vereinigungsfreiheit unterzeichnet – wie auch viele andere ILO-Mitgliedsstaaten, die sich dennoch kaum um die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmerrechte scheren. •

*www.wddw.org*

## plusminusBERLIN

**+** ***Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jörg Tauss, fordert die Abschaffung von Studiengebühren. Das Experiment dauere schon viel zu lange. „Studiengebühren sind sozial unverträglich und bildungspolitisch kontraproduktiv. Sie müssen weg."***

**–** ***FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms hat sich Gedanken zur aktuellen Finanzmarktkrise gemacht. Solms erstaunliche Erkenntnis: Die Hauptschuld liegt für ihn nicht bei den Finanzjongleuren der Investmentbanken. „Staatsversagen statt Marktversagen", lautet sein Resümee.***

## inhalt

Seite 3
**Kompass zum Gipfel**
*Der „Bildungsgipfel" von Kanzlerin und Ministerpräsidenten steht an. Im Vorfeld machen die Gewerkschaften ihre Ansprüche an ein zukunftsfähiges Bildungssystem deutlich*

Seite 5
**Marktmacht missbraucht**
*Konsequent nutzen die großen Supermarktketten in Deutschland ihre beherrschende Marktstellung – und geben den Preisdruck ihrer „Billig-Strategie" an ihre Lieferanten weiter. Mit schwerwiegenden Folgen für Beschäftigte weltweit*

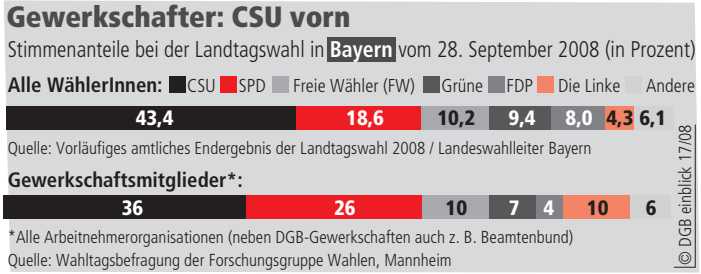
Seite 7
**Das Finanz-Erdbeben**
*Für die finanziellen Folgen der Finanzmarkt-Krise zahlen die Steuerzahler. Das muss nicht sein, meint DGB-Chefökonom Dierk Hirschel*

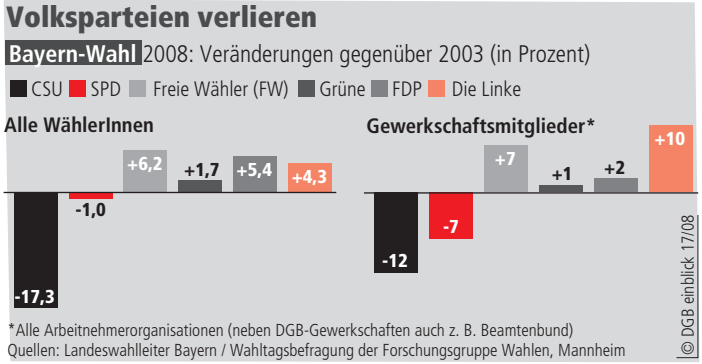
**Der Surf-Tipp fürs Internet**

**www.youtube.com/user/ITUCCSI**
*Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) im Video*

**Hintergrund**

**www.einblick.dgb.de**
*DGB-Aufruf zum Internationalen Tag für menschenwürdige Arbeit*




***Gewerkschaftsmitglieder im Trend: Bei der bayrischen Landtagswahl haben die beiden großen Volksparteien auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber der letzten Wahl 2003 Stimmenanteile verloren. Mit einem Minus von sieben Prozentpunkten waren die Verluste der SPD unter den GewerkschafterInnen sogar überdurchschnittlich hoch.***

Demonstration

## Gegen Datenspeicherung auf Vorrat

Die Digitalisierung macht es möglich: Die Speicherung von Telefonverbindungen, Versicherungsdaten und Einwohnermeldezahlen erschafft den gläsernen Bürger. Staat und Wirtschaft nutzen dies aus. Der DGB unterstützt deshalb die Demonstration „Freiheit statt Angst – stoppt den Überwachungswahn" am 11. Oktober in Berlin. Ab 14 Uhr sind alle BürgerInnen aufgerufen, an der Demonstration am Alexanderplatz teilzunehmen. Initiator ist der „AK Vorratsdatenspeicherung" des „Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.". Unterstützt wird die Demo von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteiorganisationen und Verbänden. Zu den Forderungen der Veranstalter gehören unter anderem die Abschaffung der Online-Durchsuchung und der Vorratsdatenspeicherung. •

*Spendenkonto: FIfF e.V., Verwendungszweck: AK Vorratsdatenspeicherung Konto-Nr.: 600927929, Sparda Bank Hannover eG, BLZ 250 905 00*
*Mehr Infos: www.FreiheitStattAngst.de*

Arbeitsgesetzbuch

## Auch Köhler dafür

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz will es, und auch Bundespräsident Horst Köhler hat sich für ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch ausgesprochen, das die verschiedenen Vorschriften des Individualarbeitsrechts zusammenfasst. Während der DGB bereits im September seine Eckpunkte für ein solches Arbeitsgesetzbuch präsentiert hat (*einblick 16/08*), sperren sich die Arbeitgeber. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hat die Vorschläge des DGB zur Reform zurückgewiesen. Der DGB hatte unter anderem gefordert, LeiharbeitnehmerInnen mit den Stammbelegschaften gleichzustellen sowie Kündigungen für unzulässig zu erklären, wenn sie nur der Gewinnmaximierung dienen. Für die BDA sind die Forderungen „alte Hüte". •

*Mehr Infos: www.einblick.dgb.de*

Deutscher Juristentag

## Erfolg für den DGB

Positiv wertet der DGB die Ergebnisse des 67. Deutschen Juristentags (DJT) in Erfurt: Der DGB konnte sich im Bereich Arbeits- und Sozialrecht mit wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen durchsetzen. So sprach sich der DJT für die Sozial- und Abgabenfreiheit bei der Altersteilzeit aus. Abgelehnt wurden außerdem die rechtliche Zementierung der Rente mit 67 und Möglichkeiten zur Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen. Angenommen wurden hingegen zahlreiche Vorschläge für eine bessere Ausgestaltung von Weiterbildungsmaßnahmen. Der alle zwei Jahre tagende deutsche Juristentag versteht sich als unabhängiges Beratergremium für die Politik und gibt Empfehlungen zur Gesetzgebung ab. •

## wiewardiewoche?

**„Eine andere Welt ist möglich" war das Motto des Europäischen Sozialforums, das vom 17. bis 21. September im schwedischen Malmö stattfand. Erstmals gab es einen eigenen Jugendbereich. 250 Gewerkschaftsjugendliche aus Deutschland nahmen daran teil. Auch Jessica Heyser, 30, Referentin im Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand, war dabei.**

*Die Tage in Malmö waren äußerst anregend und lebendig. Eine andere, bessere Welt – das heißt für junge Menschen in Europa vor allem sichere Beschäftigung und faire Entlohnung auch für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger. Doch ob in der Türkei, Schweden oder hierzulande: Die Realität ist eine andere. In unseren Gesprächen haben wir festgestellt, dass es europaweit die gleichen Tendenzen zur Prekarisierung der Arbeit gibt. Erste Opfer sind oft die jungen Berufstätigen.*
*Wir waren uns einig: Jugendliche dürfen nicht länger zu Vorreitern einer unsicheren Arbeitswelt gemacht werden. Im Gegenteil: Sie brauchen mehr Bildungschancen und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen – in ganz Europa. Welche Strategien entwickeln wir als Gewerkschaftsjugend, um gegenzusteuern? Wie gewinnen wir neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter? Ist Organizing ein erfolgversprechender Weg? Auch diese Fragen haben uns in Malmö sehr beschäftigt und wurden zum Teil kontrovers diskutiert.*
*Unser Ziel war im Übrigen auch, die Vernetzung der europäischen Gewerkschaftsjugend weiter auszubauen – ergänzend zu den Jugendstrukturen im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Da sind wir in Malmö ein gutes Stück weitergekommen. Nach Malmö bin ich mir sicher: Die europäische Gewerkschaftsjugend ist quicklebendig.*

Bildungspolitik

# Ein Kompass für den Gipfel

*Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft sich am 22. Oktober in Dresden mit den Ministerpräsidenten der Länder zum „Bildungsgipfel" – Bildung als Chefsache. Aber die hochkarätige Runde muss sich daran messen lassen, was sie tatsächlich an konkreten Ergebnissen erzielt, um die ausgerufene „Bildungsrepublik Deutschland" zu verwirklichen. Die Gewerkschaften wollen die Politik in die Pflicht nehmen – und eigene Konzepte im Vorfeld des „Gipfels" präsentieren.*

Zwei Tage vor dem Bildungsgipfel lädt der DGB deshalb am 20. Oktober unter dem Motto „Neue Bildung für das Land" nach Berlin ein. Einen „DGB-Kompass zum Gipfel" wollen die Gewerkschaften den Regierungschefs für Dresden an die Hand geben. Zur Veranstaltung hat der DGB auch VertreterInnen aus Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie Eltern- und Hochschulverbänden eingeladen. Denn die Gewerkschaften wollen sich im Vorfeld des Bildungsgipfels mit einem breiten Bündnis für mehr und bessere Bildung stark machen.

Und die lässt sich aus Sicht des DGB nur mit erheblichen Anstrengungen erreichen. Zu lange ist in der Bildungspolitik zu wenig geschehen. „Um seinem Namen gerecht zu werden, muss der Bildungsgipfel endlich konkrete und nachhaltige Ergebnisse bringen", erklärt dazu die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Das deutsche Bildungswesen ist von der frühkindlichen Erziehung bis zur Weiterbildung deutlich unterfinanziert. Da helfen keine warmen Worte, da helfen nur massive öffentliche Investitionen."

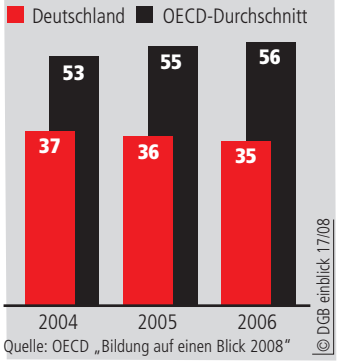
Eine Forderung, die sich in konkreten Zahlen benennen lässt: Erst kürzlich hatten DGB, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) eine Studie zu den „Gesellschaftlichen Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems" vorgestellt. Demnach fehlen dem deutschen Bildungssystem jährlich fast 30 Milliarden Euro. Denn den politischen Lippenbekenntnissen seit dem ersten „PISA-Schock" sind noch in kaum einem Bereich konsequente Maßnahmen gefolgt. Allein um zumindest jedem zweiten Schüler in Deutschland ein Ganztagsangebot garantieren zu können, müssten an deutschen Schulen über drei Millionen zusätzliche Plätze geschaffen werden – so ein Ergebnis der HBS-Studie. Das kostet.

DGB und Gewerkschaften wenden sich aber strikt dagegen, die notwendigen Finanzmittel für das Bildungssystem nach dem Motto „Privat statt Staat" zu generieren. Denn dadurch würde die im internationalen Vergleich ohnehin zu starke soziale Auslese im Bildungswesen noch verschärft. „Bildung muss so gestaltet werden, dass jeder – unabhängig vom eigenen Geldbeutel – die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat", fordert Ingrid Sehrbrock „Bildung darf nicht zur Privatsache werden. Sie muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben."

Auf der gewerkschaftlichen Tagung zur Bildungspolitik am 20. Oktober werden DGB und Gewerkschaften deshalb zehn Thesen zum Bildungsgipfel der Kanzlerin präsentieren – und dabei klar machen, dass die notwendigen Maßnahmen breit und umfassend angelegt sein müssen. Denn wer das Schlagwort des „lebenslangen Lernens" tatsächlich ernst nimmt, muss alle Bildungsbereiche – von Kitas bis zur Weiterbildung – ausreichend ausstatten und strukturell fit für die Zukunft machen. Daran wollen DGB und Gewerkschaften mitwirken. Deswegen werden am 20. Oktober in einer prominent besetzten Talkrunde Gewerkschaftsvorsitzende und -vorstandsmitglieder gemeinsam diskutieren, welche Herausforderung es bedeutet, gleiche Bildungschancen für alle zu verwirklichen. Die Weichen dafür muss der Bildungsgipfel stellen. •

## Abstand wird größer

Studienanfängerquote eines Jahrgangs (in Prozent)




Quelle: OECD „Bildung auf einen Blick 2008"

***Deutschland in allen Bereichen des Bildungssystems wieder auf internationales Niveau zu bringen – das ist erklärtes Ziel aller BildungspolitikerInnen. Der im September veröffentlichte Bericht „Bildung auf einen Blick 2008" der OECD spricht in vielen Punkten aber eine andere Sprache. Statt aufzuholen, fällt Deutschland teilweise sogar weiter hinter den OECD-Durchschnitt zurück – wie etwa bei der Studienanfängerquote.***

## Weichen früh gestellt

TeilnehmerInnen an beruflicher Weiterbildung nach Bildungsabschluss 2007 (in Tausend)

Quelle: Statistisches Bundesamt

***Bis in die berufliche Weiterbildung zieht sich die soziale Auslese und fehlende Chancengleichheit des deutschen Bildungssystems. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen ganz deutlich: Je höher der erreichte Schulabschluss, desto größer die Chancen auf berufliche Weiterbildung. Dabei wäre konsequente Fort- und Weiterbildung gerade für Menschen mit niedrigem oder ohne Schulabschluss besonders wichtig, um sich nachhaltige Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern.***

## Neue Bildung

***Unter dem Motto „Neue Bildung für das Land – DGB-Kompass zum Gipfel" lädt der DGB am 20. Oktober an die Katholische Akademie nach Berlin – und präsentiert die gewerkschaftlichen Thesen und Vorschläge zum „Bildungsgipfel" von Kanzlerin Merkel.***

***Gemeinsam mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie Eltern- und Hochschulverbänden wollen DGB und Gewerkschaften ihre Ansätze diskutieren.***

***Wie wichtig den Gewerkschaften das Thema ist, zeigt auch die Teilnahme etlicher Vorstandsmitglieder von DGB und Mitgliedgewerkschaften. Neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und DGB-Vize Ingrid Sehrbrock werden unter anderem auch Ulrich Thöne (GEW-Vorsitzender), Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender) Klaus Wiesehügel (IG BAU-Vorsitzender), Konrad Freiberg (GdP-Vorsitzender) und Michael Vassiliadis (IG BCE-Vorstand) an der Veranstaltung teilnehmen.***

*Mehr Infos und Links zu Programm und Anmeldung:*
***www.einblick.dgb.de/links***

# PROJEKTE UND PARTNER

Online-Portal

## Gute Arbeit weltweit

Gute Arbeit hat viele Aspekte, viele Akteure – und es bleibt noch viel zu tun, bis gute Arbeit weltweit Wirklichkeit geworden ist. Das Online-Portal „Gute Arbeit weltweit" des DGB-Bildungswerks informiert und mobilisiert alle, die sich für gute Arbeit international engagieren und interessieren: mit grundlegenden Informationen, Beispielen guter Pra-

xis und Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. Vor Ort und weltweit.

„Gute Arbeit" – das ist Arbeit mit Beteiligung und einem gerechten Entgelt, mit Arbeits- und Gesundheitsschutz, sozialer Sicherheit und ohne Diskriminierungen. Das Online-Portal bietet deshalb ein breites Themenspektrum: von sozialer Sicherheit über Beteiligung der Beschäftigten bis zu Gleichbehandlung und Strategien gegen Diskriminierung – mit Argumenten und Beispielen von allen Kontinenten.

Akteure guter Arbeit aus aller Welt kommen zu Wort, auch die BesucherInnen der Homepage können in wechselnden Umfragen ihre Ansichten zu Teilaspekten der Thematik einbringen.

Ein News-Bereich informiert über aktuelle internationale Entwicklungen, Link- und Materialsammlungen bieten Möglichkeiten, das Thema „Gute Arbeit" selbst zu entdecken. Außerdem stellt das Portal diverse Kampagnen und Netzwerke vor, die international für gute Arbeit aktiv sind. •

*www.gute-arbeit.weltweit.de*

Projekt

## Oderregion entwickeln

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Gewerkschaften in der Oderregion hat Tradition – etwa in Interregionalen Gewerkschaftsräten. Das Projekt „Oderregion – Raum für das europäische Sozialmodell?" intensiviert diese Zusammenarbeit und will versuchen, nachhaltige soziale Entwicklungen für die Region anzustoßen. Gemeinsam arbeiten im Projekt der DGB und die polnische Solidarność an drei Themenbereichen: einem „Branchendialog Ernährungswirtschaft", dem Schwerpunkt „Öffentlicher Verkehr in der Oderregion" sowie an einer koordinierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Am 17. September fand die Abschlusstagung des Teilprojekts „Ernährungswirtschaft in der Oderregion statt". Eine der Empfehlungen der Projektbeteiligten: Ein Gütesiegel für Unternehmen soll die Qualität der Arbeitsbedingungen in Betrieben der Region kennzeichnen. Weitere Termine des Projekts: Am 20. und 21. Oktober beschäftigt sich ein Workshop im polnischen Stettin mit dem Thema „Gute Arbeit als Kriterium für öffentliche Auftragsvergabe und europäische Strukturfonds?". Am 6. November geht es bei einem Workshop in Frankfurt/Oder darum, für den Öffentlichen Verkehr Eckpunkte einer sozial-ökologischen Politik für die Menschen der Oderregion zu entwickeln. Das Projekt ist bis Ende 2008 angelegt, eine Abschlusstagung findet am 18. und 19. November in Berlin statt. •

*www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/archive/381*

neue Bücher

**Die neueste Ausgabe** des *Kittner*, dem Standardwerk zur Arbeits- und Sozialordnung, ist als digitales Nachschlagewerk frisch im Programm des Bund-Verlags. Die CD-ROM enthält den aktuellen Rechtsstand und alle relevanten Gesetze und Verordnungen für die Unternehmenspraxis im Wortlaut. Eine benutzerfreundliche Gestaltung bietet eine schnelle und zuverlässige Stichwortsuche und die Möglichkeit, eine eigene Textsammlung der wichtigsten Texte auf dem PC zusammenzustellen.

*Michael Kittner: Arbeits- und Sozialordnung digital – Version 10.1 – Gesetzestexte, Einleitungen, Anwendungshilfen (CD-Rom), Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2008, 59,90 Euro im Einzelbezug.*

**„Downsizing" und „Outsourcing":** Zwei inzwischen schon „neudeutsche" Begriffe, die ein wenig verschleiern, was eigentlich gemeint ist: Personal abbauen und Personal auslagern. Beides sind Phänomene, die längst zum Tagesgeschäft, auch in der deutschen Wirtschaft, geworden sind und selbst in den Medien nur noch selten zum Aufreger taugen. Wer persönlich von Personalabbau betroffen ist – für den ist es ein Schlag. Der Band *Zwischen Engagement und innerer Kündigung* untersucht die häufig vernachlässigte emotionale Seite des Themas. Wie empfinden Beschäftigte den Personalabbau-Prozess? Und wie gehen Betriebsräte oder die verantwortlichen Führungskräfte mit dem Thema um? Dazu liefern die Autoren anhand von Fallbeispielen einige konkrete Empfehlungen.

*Michael Stahlmann / Walter Wendt-Kleinberg: Zwischen Engagement und innerer Kündigung. Fortschreitender Personalabbau und betriebliche Interaktionskulturen, Münster 2008, Verlag Westfälisches Dampfboot, Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung, 288 Seiten, 29,90 Euro.*

## interregio

••• Der ***DGB Bayern*** hat 219 000 Unterschriften für das Volksbegehren zur ***Einführung eines Mindestlohns*** in Bayern gesammelt – weit mehr als notwendig. Jetzt folgt der Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens. Die große Zahl von Unterschriften sei ein deutliches Signal an die Staatsregierung, dass die Menschen in Bayern den Mindestlohn wollen, so der DGB. Zwar sei Bayern in einigen Branchen Hochlohnland, doch müsse jeder fünfte inzwischen zu Niedriglöhnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Fritz Schösser.

*www.bayern.dgb.de*

••• Angesichts der Finanzmarktkrise fordert der ***DGB Rheinland-Pfalz*** von der rheinland-pfälzischen Landesregierung eine ***Bundesratsinitiative,*** um national und international gesetzliche Regelungen zur besseren Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte zu schaffen. Die aktuelle Krise, ausgelöst durch den Zusammenbruch verschiedener US-Investmentbanken, habe deutlich die tief greifenden Probleme der Branche gezeigt. Nun sei die Politik gefordert. Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz, betonte daher, den Hedgefonds müssten gesetzliche Grenzen gesetzt werden. In der globalisierten Wirtschaft sei eine Regulierung der Finanzmärkte nötig, damit das Gemeinwohl nicht aus dem Blick gerate.

*www.dgb-rlp.de*

Supermarkt-Initiative

# Marktmacht missbraucht

*Die deutschen Supermarktketten fahren seit geraumer Zeit eine massive Billigpreis-Strategie. Inzwischen ist der Markt extrem konzentriert. Sechs große Lebensmitteleinzelhändler bestimmen das Geschäft: Edeka, Rewe, Lidl, Aldi, Metro und Tengelmann haben zusammen einen Marktanteil von 90 Prozent – und nutzen diese Marktmacht konsequent, um den selbst geschaffenen Preisdruck an ihre Lieferanten weiterzugeben. Mit erheblichen sozialen Folgen. Ein breites Bündnis aus Verbänden will dem ein Ende setzen.*

Die Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland hat in einer Studie untersucht, welche Auswirkungen die Preiskämpfe zwischen den sechs Großen der Branche auf deren Lieferanten haben. Das Ergebnis: Der Preisdruck wird massiv an die Handelspartner weitergereicht. Dabei nutzen die Einzelhandelsriesen ihre beherrschende Marktstellung konsequent aus und bedienen sich im Lebensmittelbereich einer „vielfältigen Palette unfairer Einkaufspraktiken", so die Untersuchung. Besonders markante Beispiele seien etwa „Regalmieten" oder „Listungsgebühren", die von den Lieferanten an die Supermarktketten gezahlt werden müssen. Im Klartext: Die Lieferanten müssen dafür bezahlen, dass sie ihre Produkte an die Ketten überhaupt verkaufen dürfen.

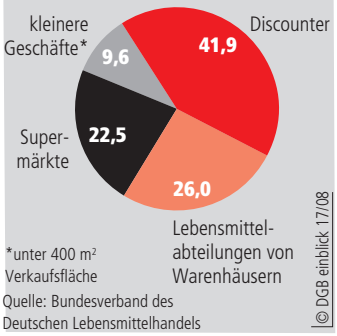
Dieses aufgezwungene Preisdumping zieht sich, so die Studie, bis ins letzte Glied der Lieferkette durch – bis zu den Produzenten und ArbeiterInnen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Oxfam hat etwa die Ananasimporte der deutschen Supermärkte genauer unter die Lupe genommen: Jede zweite in Deutschland verkaufte Ananas kommt inzwischen aus Costa Rica.

Der Preisdruck der deutschen Großabnehmer hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten vor Ort: In günstigen Fällen würde zwar zumindest noch der geltende gesetzliche Mindestlohn gezahlt, so Oxfam. Allerdings basiert der auf einem Acht-Stunden-Tag. Wer seinen Job aber nicht verlieren will, der muss in Costa Rica in der Regel zwölf Stunden auf den Plantagen schuften – ohne gewerkschaftlichen Beistand.

Denn um die prekären Arbeitsverhältnisse durchsetzen zu können, behindern die Plantagenbetreiber die Gewerkschaften massiv in ihrer Arbeit. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) kritisiert in seinem aktuellen Bericht zur Einhaltung von Arbeitnehmerrechten, dass in Costa Rica beispielsweise „schwarze Listen" von Beschäftigten unter den Arbeitgebern ausgetauscht würden, um Gewerkschaftsmitgliedern den Zugang zu den Betrieben zu verweigern.

**Marktmacht Discounter**

Anteile am Gesamtumsatz des Lebensmitteleinzelhandels nach Einzelhandelstyp 2006 (in Prozent)




***Supermarkt ist nicht gleich Discounter. Aber gerade die Discounter haben ihre Marktmacht in Deutschland deutlich ausgebaut. So machen die deutschen Billig-Märkte im Lebensmitteleinzelhandel inzwischen rund 40 Prozent des gesamten Jahresumsatzes der Branche.***

Denn um die prekären Arbeitsverhältnisse durchsetzen zu können, behindern die Plantagenbetreiber die Gewerkschaften massiv in ihrer Arbeit. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) kritisiert in seinem aktuellen Bericht zur Einhaltung von Arbeitnehmerrechten, dass in Costa Rica beispielsweise „schwarze Listen" von Beschäftigten unter den Arbeitgebern ausgetauscht würden, um Gewerkschaftsmitgliedern den Zugang zu den Betrieben zu verweigern.

Diesen negativen Folgen der wachsenden Marktmacht der deutschen Supermarkt-Konzerne will jetzt eine Initiative von rund 20 Verbänden und Organisationen ein Ende setzen. An der im September ins Leben gerufenen „Supermarkt-Initiative" sind auch die Gewerkschaften ver.di, IG BAU und NGG beteiligt. Auch deshalb, weil selbst in Deutschland der Preisdruck längst negative Konsequenzen auf Lebens- und Arbeitsbedingungen hat. „Der Preiskampf schadet auch den Beschäftigten", erklärt ver.di-Arbeitsrechtsexperte Uwe Wötzel. „Niedriglohn- und Minijobs verdrängen zunehmend normale Arbeitsverhältnisse."

„Für faire und hochwertige Arbeit muss es auch faire Preise geben", meint auch der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Hans-Joachim Wilms und verweist auf den Einsatz seiner Gewerkschaft für faire Produktionsbedingungen hierzulande und weltweit – auch außerhalb der neuen Initiative. „Die IG BAU engagiert sich im Interesse der Sozialstandards bereits für Holz aus nachhaltiger Produktion, für fairen Blumenhandel und faire Saisonarbeit."

Wie der Marktmacht der sechs großen Einzelhandelsketten Grenzen gesetzt werden können – dazu macht die Supermarkt-Initiative konkrete Vorschläge: Das Bundeskartellamt solle seine Kompetenzen konsequent nutzen und den Missbrauch der Marktmacht der „sechs Großen" verhindern. Und die Bundesregierung müsse gesetzliche Regelungen schaffen, die die Supermarkt-Ketten verpflichten, Informationen über die Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette öffentlich zu machen. So könnten die Verbraucher selbst entscheiden, ob sie die unfairen Praktiken der Einzelhandelsriesen tatsächlich mittragen wollen. •

## Buntes Bündnis

***In der im September ins Leben gerufenen „Supermarkt-Initiative" haben sich fast 20 Verbände und Organisationen zusammengeschlossen – ein breites und vor allem buntes Bündnis.***

***Neben den Gewerkschaften ver.di, IG BAU und NGG sind etwa die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Oxfam Deutschland und Misereor beteiligt.***

***Angesichts der Marktkonzentration und Marktmacht der großen Supermarktketten sei es „Zeit zu handeln", so die gemeinsame Kernforderung. Der Preisdruck, den die Unternehmen an die Lieferantenkette weitergeben, dürfe nicht weiter zu sinkender Qualität und Lohn- und Sozialdumping führen: „Die Supermärkte müssen ihre Einkaufspraktiken drastisch ändern", meinen die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme.***

***Zum Start der Initiative wurde die Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke" vorgestellt, die zeigt, wie sich die Einkaufspraktiken der Supermarktriesen auf Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen weltweit auswirken.***

*Link zur Studie:*
**www.einblick.dgb.de**

*Die Online-Plattform der Initiative:*
**www.supermarktmacht.de**

## kurz&bündig

***Die IG Metall dokumentiert in einem „Schwarz-Weiß-Buch Leiharbeit" Missstände in der Leiharbeit. Die Veröffentlichung zeigt aber auch gewerkschaftliche Erfolge: Die IG Metall hat bereits 380 „Besser-Vereinbarungen" abgeschlossen, die die Situation von LeiharbeiterInnen in Entleihbetrieben verbessern.***
***www.gleichearbeit-gleichesgeld.de***

***Die NGG unterstützt die geplante Kampagne der Bundesregierung gegen Alkoholmissbrauch – besonders unter Jugendlichen. Die Politik solle jedoch auf ein Werbeverbot für Alkohol verzichten. Vielmehr müsse die Aufklärung in den Schulen in ein Schulfach „Ernährung und Gesundheit" integriert werden.***

***Die zunehmenden Einsätze bei Fußballbegegnungen brächten PolizistInnen an ihre Belastungsgrenzen, bemängelt die GdP. Die Gewerkschaft fordert daher einen „Fußball-Gipfel", an dem der Deutsche Fußballbund, die Deutsche Bahn und die Koordinierungsstelle Fan-Projekte teilnehmen sollen.***

***ver.di hat dem Gesundheitsausschuss des Bundestags 44000 Unterschriften von Beschäftigten der gesetzlichen Krankenkassen übergeben, um auf die negativen Folgen der Gesundheitsreform aufmerksam zu machen. Wohnortnahe Beratung und guter Service müssten erhalten bleiben. Das gebe der beschlossene Gesundheitsfonds nicht her.***

IG BCE

# Hochqualifizierte ansprechen

„Menschen gewinnen. Konkret, persönlich, direkt." Unter dieses Motto hat die IG BCE seit einiger Zeit ihr Konzept der Mitgliederansprache gestellt – die Zielgruppenarbeit. Zielgruppenarbeit setzt für die Gewerkschaft bei der Bereitschaft vieler Beschäftigten an, für eine befristete Zeit an ganz konkreten Themen mitzuwirken, die sie persönlich interessieren.

Einen neuen Schwerpunkt dieser Zielgruppenarbeit hat die IG BCE jetzt auf einer gemeinsamen Tagung mit der Hans-Böckler-Stiftung gesetzt: Hochqualifizierte Angestellte sollen verstärkt in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Engagements in Betrieben und Unternehmen rücken.

Denn die Hochqualifizierten sehen sich am Arbeitsplatz mit ganz spezifischen Problemen konfrontiert: Zwar gibt es auch in industriellen Unternehmen immer mehr Akademiker und Hochschulabsolventen – die Karriere- und Aufstiegschancen hingegen nehmen eher ab. Und die Anforderungen an räumliche Mobilität sind gegenüber dieser Beschäftigtengruppe besonders hoch. Auf diese Probleme einzugehen und vermehrt auch Hochqualifizierte zu organisieren – das soll künftig in die Zielgruppenarbeit der IG BCE einfließen. „Wir müssen eine Organisations- und Werteidentität anbieten", erklärt IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis.

Einen ausführlichen Bericht über die Tagung und den neuen Schwerpunkt der Zielgruppenarbeit bietet die aktuelle Ausgabe des *Aussenspiegel*. Und auch diese IG BCE-Zeitschrift ist ein Beispiel für spezifische Zielgruppenansprache: *Aussenspiegel* richtet sich an aktive Gewerkschaftsmitglieder im Außendienst – also Mitglieder, die über die übliche betriebliche Ansprache nur schwer zu erreichen sind. •

*Link zum Aussenspiegel: www.einblick.dgb.de*

## ?...nachgefragt

**Am 12. September fand in Magdeburg eine Urwahl der ArbeitnehmervertreterInnen für die Vollversammlung der Handwerkskammer statt. Das Besondere: In der Regel sind die Kammerwahlen so genannte Friedenswahlen – in Magdeburg aber traten erstmals zwei Arbeitnehmerlisten gegeneinander an (zum Hintergrund: *einblick 14/08*). *einblick* hat bei Helmut Dittke, Leiter des Handwerkssekretariats des DGB, nachgefragt: Wie hat die DGB-Liste abgeschnitten?**

*Wir haben hervorragend abgeschnitten: 80 Prozent für unsere Liste – also die gemeinsame Liste von DGB, Mitgliedsgewerkschaften und Kolpingwerk. Nur 20 Prozent für die konkurrierende Liste. Damit sind unsere Kandidatinnen und Kandidaten in der Vollversammlung.*

*Für diesen Erfolg haben wir in kürzester Zeit Einiges auf die Beine gestellt. Am 8. August musste unsere Liste stehen. Noch bis zum 6. August haben wir versucht, die Initiatoren der zweiten Arbeitnehmerliste doch noch mit ins Boot zu holen und so die Urwahl zu verhindern. Trotz mehrfacher Anläufe war die andere Seite aber in keiner Weise kompromissbereit – unsere Versuche vergeblich. Also hieß es, innerhalb von zwei Tagen die Unterstützerunterschriften für unsere Liste zu sammeln und die Liste beim Wahlleiter einzureichen.*

*Von Null auf gleich haben wir – DGB, DGB-Region, die Gewerkschaften und das Kolpingwerk – dann eine Kampagne gestartet. Das hieß: Infomaterial erstellen, mit einer Homepage online gehen und die Wahlberechtigten erreichen – alle im Handwerk Beschäftigten im Kammerbezirk Magdeburg, immerhin 68 000 ArbeitnehmerInnen. Das bedeutete für uns: informieren, informieren, informieren – am besten mit direkter Ansprache.*

*Einen Schwerpunkt haben wir auf Unternehmen mit Betriebsrat gelegt. Die Betriebsräte, direkt gewählt von den Belegschaften, waren eine echte Unterstützung. Darüber hinaus haben wir jede Möglichkeit genutzt, mit Beschäftigten in Kontakt zu kommen. Wir haben etwa Schornsteinfeger als „Multiplikatoren" eingesetzt, denn die kommen in ihren „Kehrbezirken" auch bei vielen Handwerksbetrieben vorbei. Außerdem haben die Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer Liste in ihren Betrieben und in ihrem Umfeld viele Stimmen gezogen – wen man persönlich kennt, den wählt man auch eher. Wir haben mit der persönlichen Ansprache viele neue Kontakte zu Beschäftigten geknüpft.*

*Das klare Wahlergebnis hat gezeigt: DGB und Gewerkschaften sind auch in einem Bereich wie dem Handwerk – mit Klein- und Kleinstbetrieben – gemeinsam handlungs- und kampagnenfähig und können Urwahlen gewinnen. Ein wichtiges Signal. Denn 2009 finden in 32 weiteren Kammerbezirken Wahlen statt. Wir gehen davon aus, dass unser Erfolg in Magdeburg gezeigt hat: Die traditionelle Friedenswahl ist für alle die bessere Alternative.*

# MEINUNG

Internationale Finanzkrise

## Kein Sozialismus für Spekulanten

*Die Finanzmärkte werden von einem Erdbeben erschüttert. Die Börsen taumeln. Das Geschäftsmodell des Investmentbanking wurde begraben. Die Schuldenpyramiden der Heuschrecken drohen einzustürzen. Die Ursachen und Konsequenzen beschreibt Dierk Hirschel.*

Jetzt läuft die größte Rettungsaktion für Wall Street & Co. Die Notenbanken öffnen alle Schleusen. Aus Fannie, Freedie und AIG werden volkseigene Betriebe. Der oberste US-Kassenwart will für 700 Milliarden US-Dollar den Spekulanten ihre Ramschprodukte abkaufen. Und Berufszocker dürfen nicht mehr auf sinkende Kurse wetten. Um es klar zu sagen: **Wenn der Patient nicht sterben soll, ist dieser Rettungseinsatz alternativlos.** Wenn die Finanzmärkte kollabieren, dann erwischt es am Ende auch die Unternehmen und ihre Beschäftigten. Eine lange globale Rezession wäre die Folge.

Diese Krise ist nicht auf die USA beschränkt. Deutsche Großbanken handelten eifrig mit dem Giftmüll aus dem US-Häusermarkt. Am Ende hatten bekanntlich die öffentlichen Landesbanken den schwarzen Peter. Völlig unklar ist, wie viel Giftmüll noch in den Kellern von Deutscher Bank, Commerzbank & Co lagert. **Grund zur Entwarnung gibt es also nicht.**

Angela Merkel und Peer Steinbrück schieben die Schuld dem atlantischen Bruder zu und rufen nach Konsequenzen. Überzeugend klingt das nicht. Noch vor wenigen Monaten sang unsere politische Elite das Hohelied auf innovative Finanzmarktprodukte und -investoren. Der unregulierte Kreditderivatenhandel und das Schattenbankensystem konnten sich auch hier ungehindert ausbreiten. Veräußerungsgewinne waren plötzlich steuerfrei. Leerverkäufe, Aktienoptions- und Aktienrückkaufprogramme wurden im großen Stil legalisiert, Hedge- und Private-Equity-Fonds steuerlich gepflegt. All das war nationale Politik. Merkel und Steinbrück fordern folglich **einen Kurswechsel ihrer eigenen Politik.** Bravo, Bravissimo! Wir nehmen euch beim Wort.

Das aktuelle Erdbeben ist das Produkt von drei Jahrzehnten Deregulierung. Ein durchlöchertes Regelwerk und eine schlafende Aufsicht haben die Märkte versagen lassen. Jetzt geht es darum, die Lehren aus der Krise zu ziehen. Erstens muss das chronische Marktversagen durch ein besseres Regelwerk eingedämmt werden. Und zweitens **dürfen die Verluste der Finanzmarktakteure nicht sozialisiert werden.**

Um Letzteres zu garantieren, muss die europäische Finanzmarktbranche aus eigenen Mitteln einen Haftungsverbund finanzieren. Vorbild eines solchen Stabilitäts- und Sicherheitsfonds könnte der aktuell eingerichtete Nothilfefonds von Großbanken wie JP Morgan, Goldman Sachs, UBS & Co sein. Ein solcher Fonds würde von Liquiditätsengpässen bedrohten Banken unter die Arme greifen. Damit haften die Banken für ihr Verhalten – und nicht die Steuerzahler. Darüber hinaus gehende öffentliche Subventionen darf es nur gegen Eigentumsrechte geben. Im Fall der Hypo-Real-Estate wurde dieses Prinzip wieder einmal auf eklatante Weise verletzt. Des Weiteren **muss die Finanzwelt für den aktuellen Rettungseinsatz bezahlen.** Über eine europäische Finanztransaktionssteuer sollten Wertpapier- und Devisenkäufe zukünftig mit 0,01 Prozent besteuert werden.

**Dierk Hirschel, 37, ist Chefökonom und Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.**

Aber auch die individuelle Haftung muss neu geregelt werden. Für Verträge, die es Managern ermöglichen, Millionen zu verzocken und anschließend dank einer Vollkaskoversicherung weich zu fallen, darf kein Platz mehr sein. Das Mindeste ist eine Eigenbeteiligung am selbst verursachten Schaden in Höhe eines Jahresgehaltes.

Neben der Lösung dieser offenen Haftungsfragen, bedarf es eines vorbeugenden Regelwerkes. Eine verbesserte Bankenregulierung kann die laxe Kreditvergabe einschränken. **Wir brauchen einen TÜV für Finanzmarktprodukte.** Kreditderivate sollten nur noch auf regulierten Terminbörsen gehandelt werden. Hedge- und Private-Equity-Fonds müssen an die kurze Leine. Wer an diese Finanzinvestoren Kredite vergibt, muss zukünftig mehr Eigenkapital unterlegen.

Die Frühwarnsysteme müssen gründlich renoviert werden. Eine „Schufa für Banken" in Form eines internationalen Kreditregisters würde die frühzeitige Risikoerkennung erleichtern. Rating-Agenturen sollten einem Zulassungsverfahren und einer öffentlichen Qualitätskontrolle unterzogen werden. Besser noch wäre eine öffentliche europäische Ratingagentur. **Neue Regeln verhindern noch nicht die Entstehung neuer Krisen.** Sie beugen aber besser vor – und nehmen die Schuldigen in Haftung. •

### Zwei schwarze Wochen

✱ ***17.9.2008:* Der Versicherungskonzern AIG muss von der US-Notenbank mit einem Kreditpaket von 85 Milliarden US-Dollar vor der Pleite bewahrt werden.**

✱ ***19.9.2008:* Die USA und Großbritannien verbieten angesichts der abstürzenden Börsenkurse „Leerverkäufe" – also „Wetten" auf sinkende Aktienkurse.**

✱ ***22.9.2008:* Die US-Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley firmieren sich freiwillig in reguläre Geschäftsbanken um und unterwerfen sich so der Kontrolle der US-Aufsichtsbehörden.**

✱ ***29.9.2008:* Das US-Rettungspaket in Höhe von 700 Milliarden US-Dollar scheitert im Repräsentantenhaus. Bundesregierung und deutsche Banken retten den Hypothekenfinanzierer Hypo Real Estate mit rund 35 Milliarden US-Dollar. Großbritannien stützt den Baufinanzierer Bradford&Bingley mit Milliarden aus dem Haushalt. Die Benelux-Länder retten den Finanzkonzern Fortis mit über 11 Milliarden Euro. Belgien und Frankreich holen weitere 6,4 Milliarden Euro für die Rettung des Immobilienfinanzierers Dexia zusammen.**

*Mehr:* ***www.einblick.dgb.de***

*Londoner Erklärung der europäischen Gewerkschaften zur Finanzmarktkrise:* ***www.etuc.org/a/5367***

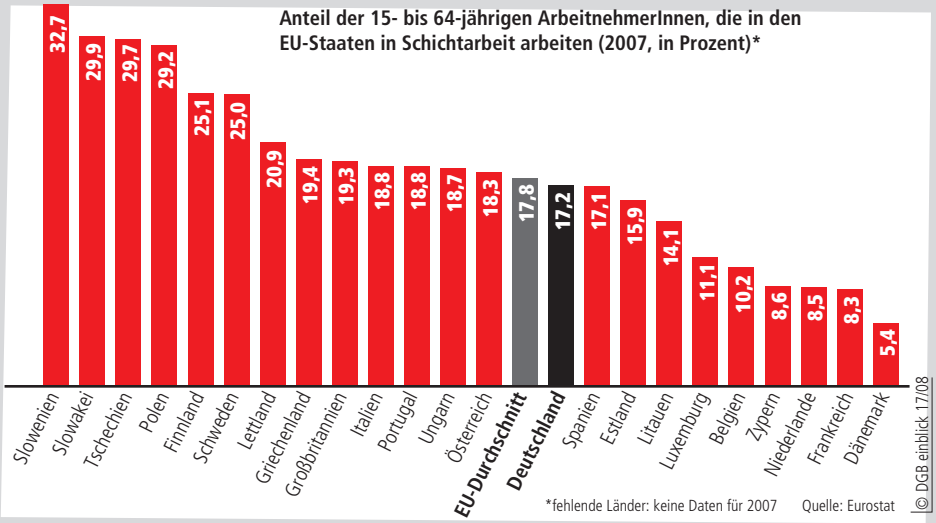
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918



## die DGB grafik

# SCHICHTARBEIT: Deutschland auf EU-Niveau

***Immer wieder rufen die deutschen Arbeitgeber nach einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Dabei ist der Anteil der Beschäftigten mit atypischen Arbeitszeiten seit den 1990er Jahren in Deutschland bereits deutlich angestiegen – von der Nacht- über Wochenend- bis zur Schichtarbeit. Bei der Schichtarbeit etwa liegt Deutschland längst auf EU-Niveau – mit einer deutlich höheren Quote als beispielsweise Frankreich, Spanien, Dänemark oder die Benelux-Staaten.***




## 14 TAGE

*mehr Infos: www.einblick.dgb.de*

**7.10.** Welttag für menschenwürdige Arbeit

**8.10.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Perspektive Arbeit und Alter – Gesellschaftspolitische Handlungsfelder", Rostock

**8./9.10.** Heinrich-Böll-Stiftung, Konferenz „Ökologische Marktwirtschaft in Europa und den USA", Berlin

**8.-10.10.** Humboldt-Universität Berlin, 3. Internationale Konferenz „Corporate Social Responsibility", Berlin

**10.-12.10.** Bundesweite SchülerInnen-Konferenz für kostenlose und gute Bildung, unterstützt von der GEW, Berlin

**11.10.** Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Demonstration „Freiheit statt Angst" gegen Vorratsdatenspeicherung, Berlin

**15.10.** DGB NRW und DGB-Bildungswerk, Landespersonalrätekonferenz „Ein Jahr novelliertes Landespersonalvertretungsgesetz – Bilanz und Perspektiven", Herne

**15.-17.10.** Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, 30. Internationale Datenschutzkonferenz, Straßburg/Frankreich

**15.-18.10.** Internationale Fachmesse und Kongress REHACARE für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf, Düsseldorf

**16.10.** DGB-Bildungswerk, DGB NRW, IG Metall u.a., Tagesseminar „Die Gestaltung von behindertengerechten Arbeitsplätzen und Barrierefreiheit im Betrieb – Möglichkeiten für Schwerbehindertenvertretungen und Betriebs- und Personalräte" im Rahmen der REHACARE, Düsseldorf

**16.10.** Welternährungstag

**17./18.10.** Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Osteuropa-Institut Regensburg, Tagung „Mehr oder mehr gute Arbeit? Erfahrungen in anderen Ländern und Konsequenzen für Deutschland", Tutzing (Bayern)

**20./21.10.** DGB Berlin-Brandenburg, Workshop „Gute Arbeit als Kriterium für öffentliche Auftragsvergabe und europäische Strukturfonds?" im Rahmen des Projekts „Oderregion – Raum für das europäische Sozialmodell?", Stettin/Polen

**20.-22.10.** ver.di-innotec, Seminar „Verhandeln mit Profil – Erfolgreiche Verhandlungsführung in der BR-Arbeit", Randersacker (Bayern)

**20.-24.10.** NGG, 15. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

## personalien

••• ***Michael Lessmann,*** 51, zuvor Bezirkssekretär beim IG Metall-Bezirk NRW, ist seit dem 15. September Funktionsbereichsleiter Mitglieder und Kampagnen beim IG Metall Vorstand in Frankfurt/Main.

**IMPRESSUM** *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

## Schlusspunkt.

***„Weil sie tatsächlich die Lüge aufrecht erhält, dass auch die bayerischen Alpen ihretwegen gefaltet wurden."***

*Der Kabarettist Dieter Hildebrandt einen Tag nach der bayerischen Landtagswahl im Interview mit Deutschlandradio Kultur auf die Frage, warum die CSU angeblich immer noch am besten die „bayerische Seele" verkörpere.*

Studentische Hilfskraft

## Kündigung nach Exmatrikulation

Die Beschäftigung eines Studenten als „studentische Hilfskraft" an einer Forschungseinrichtung setzt in der Regel voraus, dass er dem Studium nachgeht. Entfällt diese Voraussetzung, zum Beispiel durch Exmatrikulation, ist eine Kündigung aus personenbedingten Gründen regelmäßig gerechtfertigt.

***Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. September 2008 - 2 AZR 976/06***

Existenzgründungszuschuss

## Auch für Selbständigkeit im Ausland

Arbeitnehmer können Existenzgründungszuschüsse auch beanspruchen, wenn sie als Grenzpendler unter Beibehaltung des deutschen Wohnsitzes eine selbständige Tätigkeit im Ausland aufnehmen.

***Bundessozialgericht, Urteil vom 27. August 2008 - B 11 AL 22/07 R***

Öffentlicher Dienst

## Altersgrenze ist nicht rechtswidrig

Die Regelung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst, wonach das Arbeitsverhältnis auch gegen den Willen des Beschäftigten mit Vollendung des 65. Lebensjahres endet, verstößt weder gegen deutsches Verfassungsrecht noch gegen europäisches Recht.

***Arbeitsgericht Karlsruhe, Urteil vom 12. Juni 2008 - 8 Ca 492/07***

Teilzeitarbeit

## Auf Verlängerung besteht Anspruch

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf Verlängerung ihrer Arbeitszeit auf einem „entsprechenden" freien Arbeitsplatz, wenn sich keine besser geeigneten Konkurrenten bewerben. Um einen „entsprechenden" Arbeitsplatz handelt es sich regelmäßig nur dann, wenn die zu besetzende Stelle dieselben Anforderungen an die Eignung des Arbeitnehmers stellt wie die bisher ausgeübte Tätigkeit. Ein Anspruch auf Verlängerung der Arbeitszeit in einer höherwertigen Funktion besteht lediglich im Ausnahmefall.

***Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 16. September 2008 - 9 AZR 781/07***

Arbeitslosengeld II

## Verpflegung bei Eltern kein Einkommen

Verpflegung, die ein Bezieher von Arbeitslosengeld II im Haushalt der Eltern erhält, darf nicht als Einkommen berücksichtigt werden.

***Bundessozialgericht, Urteil vom 18. Juni 2008 – B 14 AS 46/07 R***

Arbeitslosengeld II

## Krankenhausverpflegung kein Einkommen

Verpflegung während eines Krankenhausaufenthalts darf bei einem Bezieher von Arbeitslosengeld II nicht als Einkommen berücksichtigt werden

***Bundessozialgericht, Urteil vom 18. Juni 2008 – B 14 AS 22/07 R***

Behinderte Menschen

## Müssen nicht Fahrrad fahren

Behinderte Menschen haben gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung keinen Anspruch auf Ausgleich ihrer Behinderung mit einem Fahrrad. Erst wenn ein Therapiedreirad zur Befriedigung der „elementaren Bewegungsfreiheit" erforderlich ist, besteht Versorgungspflicht im Rahmen der medizinischen Rehabilitation.

**Der Fall:** Die unter Paraspastik leidende Frau beantragte die Versorgung mit einem Therapiedreirad. Die behinderte Frau kann mit einer Gehhilfe lediglich fünf Meter und mit einem Rollator weniger als einen Kilometer zurücklegen. Die Krankenkasse lehnte die Übernahme mit der Begründung ab, dass ein Fahrrad ein Gebrauchsgegenstand des täglichen Lebens sei. Dieser werde nur Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren bewilligt, um Koordination und Gleichgewichtssinn in der Entwicklung günstig zu beeinflussen. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Einem behinderten Versicherten Radfahren zu ermöglichen, gehört nicht zu den Leistungspflichten der gesetzlichen Krankenversicherung. Da die Krankenkassen nur für die medizinische Rehabilitation zuständig sind, müssen sie auch nur für Hilfsmittel aufkommen, die ein „Grundbedürfnis des täglichen Lebens" betreffen. Soweit hingegen ein bestimmter Lebensbereich in Beruf oder Freizeit berührt ist, kommt allenfalls eine Kostenübernahme im Rahmen der beruflichen oder sozialen Rehabilitation in Betracht, für die die Krankenversicherung nicht zuständig ist.

***Hessisches Landessozialgericht. Urteil vom 24. April 2008 - L 8 KR 40/07***

Sonderzahlungen

## Nur klarer Freiwilligkeitsvorbehalt

Der Arbeitgeber kann bei Sonderzahlungen - anders als bei laufendem Arbeitsentgelt - einen Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf diese Leistung für künftige Bezugszeiträume ausschließen. Er muss nicht jede Sonderzahlung mit einem Freiwilligkeitsvorbehalt verbinden. Es genügt ein entsprechender, klarer und verständlicher Hinweis im Arbeitsvertrag.

**Der Fall:** Die Arbeitnehmerin hatte auf die Zahlung einer Weihnachtsgratifikation in Höhe ihres Bruttomonatsgehalts geklagt. Ihr war im Arbeitsvertrag diese Gratifikation ausdrücklich zugesagt worden. Im Arbeitsvertrag war darüber hinaus geregelt, dass ein Rechtsanspruch auf eine Weihnachtsgratifikation nicht besteht und dass diese eine freiwillige, stets widerrufbare Leistung darstellt.

**Das Bundesarbeitsgericht:** Bei den zur Zahlung der Weihnachtsgratifikation von den Parteien getroffenen Vereinbarungen handelt es sich um Allgemeine Vertragsbedingungen. Soweit diese einen Rechtsanspruch der Arbeitnehmerin auf eine Weihnachtsgratifikation in Höhe ihres monatlichen Bruttogehalts ausschließen, widersprechen sie der Zusage des Arbeitgebers, der Arbeitnehmerin eine Weihnachtsgratifikation in Höhe ihres monatlichen Bruttogehalts zu zahlen. Die Klauseln sind insoweit nicht klar und verständlich und deshalb unwirksam. Widerrufs- und Freiwilligkeitsklauseln schließen sich aus. Der Widerruf einer Leistung durch den Arbeitgeber setzt einen Anspruch des Arbeitnehmers auf die Leistung voraus. Hat der Arbeitnehmer auf Grund eines Freiwilligkeitsvorbehalts dagegen keinen Anspruch auf die Leistung, geht ein Widerruf der Leistung ins Leere.

***Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 30. Juli 2008 - 10 AZR 606/07***

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 17/08